



*Ihre SPD-Ratsfraktion wünscht ein fröhliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2009*

## DO investiert in Klimaschutz und spart

Ein Kraftwerk für die Körnig-Halle / Stadt unterstützt Bauherren beim umweltfreundlichen Bauen

**Der effiziente Einsatz von Energie schont das Klima und entlastet zugleich den Geldbeutel. Nach diesem Motto handelt die Stadt Dortmund und erhält dabei die volle Unterstützung der SPD-Fraktion.**

Auch die Stadtverwaltung leidet unter steigenden Energiekosten. Deshalb wurden und werden öffentliche Gebäude so umgestaltet, dass sie weniger Energie verbrauchen.

In der Berswordt-Grundschule werden Fenster erneuert; in der Osterholzgrundschule wird die Heizungsanlage modernisiert; beim Karl-Schiller-Berufskolleg werden die Außenfassaden mit einem Wärmedämm-Verbundsystem saniert. Drei Beispiele von vielen.

### Mit Holz heizen

Aber Energie kann nicht nur gespart werden, man kann sie auch klimaschonend erzeugen. Deshalb werden demnächst die Feuerwache Hörde und die Reichshof-Grundschule in Brackel mit Holzpelletanlagen be-



„Airwin“ erzeugt seit August 1997 jährlich etwa 700 000 Kw/h klimafreundlichen Strom und ist eine der größten Anlagen in diesen Breitengraden.

Foto: Anneke Wardenbach

heizt, während die Elisabeth-Grundschule in Eving über eine Geothermie-Anlage mit Wärme aus der Erde versorgt wird.

Das Leichtathletik-Zentrum „Helmut-Körnig Halle“ erhält ein Blockheizkraftwerk, das mit regenerativen Energien betrieben wird. Auf zahlreichen Dächern von Schulen, Sporteinrichtungen und Veranstaltungshallen gibt es Photovoltaikanlagen, mit denen Sonnenenergie in elektrischen Strom umgewandelt wird. Bereits 1997 wurde auf Dortmunder Gebiet das erste Windkraftträd „Airwin“ in Betrieb genommen, das heute noch zu den größten Anlagen in der Region zählt.

Die Stadt übernimmt eine Vorbildfunktion, indem sie das Rathaus und das Stadthaus mit Ökostrom versorgt.

### Wer dämmt, spart

Für private Bauherren ist die Berücksichtigung besonderer Bauvorschriften das Gebot der Stunde, wenn sie langfristig Energiekosten sparen wollen. Das beginnt bei der Planung des Häuschens. Ein Reihemittelhaus benötigt weniger Energie

als ein freistehendes Einfamilienhaus. Ein dem Sonnenlicht zugewandtes Haus kann Solarenergie besser nutzen als ein verschattetes Haus.

Wer an der Wärmedämmung und an gut isolierten Fenstern spart, zahlt langfristig drauf, weil er mehr die Umgebung als das Haus beheizt. Bei der Auswahl der Heizungsart sollte auf die Nutzung von erneuerbaren Energien gesetzt werden, damit man sich vom steigenden Energiepreis absetzen und zugleich das Klima schützen kann.

Die Stadt Dortmund unterstützt Bauherren beim energieeffizienten Bauen. Im Bereich des Wohnparks „Stadtgärtnerei“ z.B. wurde in den Kaufverträgen vereinbart, dass die neuen Häuser dem Standard des sogenannten KfW-Energiesparhauses-60 entsprechen müssen.

Dazu gibt es nicht nur eine umfassende Energieberatung, sondern auch noch Zuschüsse der KfW-Bankengruppe. Ähnliches gilt zukünftig auch für andere Baugebiete.

Dortmund hat beim Klimaschutz viel erreicht und wird auch in Zukunft Vorreiter bei der Energieeffizienz sein.

## CDU/FDP benachteiligen Dortmund

Landesregierung entscheidet gegen Experten bestehende Hochschulen auszubauen

**Drei neue Fachhochschulen werden in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Damit setzt sich die CDU/FDP-Landesregierung über eindeutige Empfehlungen zahlreicher Experten hinweg, die den weiteren Ausbau bestehender Hochschulen für wirtschaftlicher und schneller umsetzbar halten, als den Bau neuer Fachhochschulen.**

Von den 2500 neuen Studien-

plätzen wird also kein einziger in Dortmund entstehen. Die Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung macht alle Ausbaupläne der gut ausgelasteten Fachhochschule Dortmund zunichte.

CDU und FDP in Düsseldorf ignorieren bewusst die berechtigten Dortmunder Interessen. Das ist ein schlechtes Signal und ein Nachteil für den Ausbildungsbedarf in der Dortmunder Region.

Der Ausbau der Dortmunder

Fachhochschule wäre sinnvoll gewesen, um die gezielte Ausbildung und den Technologietransfer, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen in der Region, weiter voranzubringen.

### Top-Bewerbung für FH-Gesundheit

Eine Chance hat die CDU/FDP-Landesregierung noch, um ihre Dortmund-feindliche

Politik zu korrigieren: derzeit läuft der Standortwettbewerb für die geplante Fachhochschule der Gesundheitsberufe, an der weitere 1000 neue Studienplätze entstehen sollen.

Dortmund hat eine hervorragende Bewerbung abgeliefert und bietet beste Voraussetzungen für einen erfolgreichen „Gesundheitscampus“.

Jetzt muss die Landesregierung beweisen, ob fachliche Gründe vor parteipolitische Interessen gehen.

## CDU und Grüne verzögern Maßnahmen für Sicherheit und Schutz

Beschluss über Rettungsdienstbedarfsplan verschoben

**Dortmund ist eine sichere Großstadt. Sie hält wichtige Infrastruktureinrichtungen vor und hat eine unterschiedliche Einwohnerdichte in den Stadtteilen. Daher sind Feuerwehr und Rettungsdienst großen Herausforderungen ausgesetzt. Sicherheit ist mehr als ein weicher Standortfaktor.**

Das wird mit dem neuen Rettungsdienstbedarfsplan deutlich. Die Stadt unterhält mit den Hilfsorganisationen insgesamt 17 Rettungswagen, 11 Krankenwagen und fünf Notarztwagen an 15 Wachenstandorten. Damit ist sichergestellt, dass die Notfallrettung in 90% der Einsätze im innerstädtischen Bereich in 8 Minuten und im ländlichen Bereich in 12 Minuten vor Ort ist.

Der neue Rettungsdienstbedarfsplan optimiert diesen Erreichungsgrad weiter. Die Versorgungslücke im westlichen Stadtgebiet wird mit zwei neuen Rettungswagen geschlossen. Zusätzlich konnte die Stadt in den Verhandlungen mit den Krankenkassen erreichen, dass moderne Defibrillatoren und neue Rettungsfahrzeuge angeschafft werden können. Leider haben die Krankenkassen der Weiterführung des Babynotarztwagens nicht zugestimmt. Diese Leistung sei vom Ret-



Der Babynotarztwagen steht auf der Streichliste der Krankenkassen. Die SPD-Fraktion hat die Fortsetzung ab 2009 durchgesetzt.

Foto: Stefan Quinting

tungsdienstgesetz nicht abgedeckt. Die Stadt beabsichtigt, sich über diese Haltung hinweg zu setzen und ab dem 1. Januar auf eigene Kosten ein Kindernotarzteinsatzfahrzeug einzusetzen. Mit über 600 Fahrten für die „Kleinsten“ ist der Bedarf vorhanden.

Die SPD-Fraktion im Rat wollte diesen Verbesserungen im Rettungswesen zustimmen. Eine Beschlussfassung ist jedoch am Verhalten von CDU und Grüne gescheitert. Die Christdemokraten haben ihre Zustimmung zum neuen Rettungsdienstbedarfsplan verweigert. Für die CDU gilt das Motto „Privat vor Staat“ auch bei der Sicherheit. So will die Union die Arbeit der Hilfsorganisationen bescheiden und den Rettungsdienst für private Anbieter öffnen. Die Grünen im Rat zwei-

feln die Finanzierung des neuen Rettungsdienstbedarfsplans an. Obwohl die Hilfsorganisationen noch dringend um Beschlussfassung in der Ratssitzung am 18. Dezember gebeten hatten, haben CDU und Grüne der Verwaltungsvorlage nicht zugestimmt.

Ein Schlag ins Gesicht der 800 ehren- und hauptamtlichen Kräfte der Hilfsorganisationen. Heilfro ist die SPD-Fraktion, dass der Rat der Fortsetzung der Babynotfallrettung wenigstens noch zugestimmt hat. Die SPD-Fraktion will weiter auf die gute Kooperation zwischen Feuerwehr und Dortmunder Hilfsorganisationen setzen. Qualität und Erfahrung in der Notfallrettung gehen für die Sozialdemokraten in dieser wichtigen Entscheidung eindeutig vor der finanziellen Wirtschaftlichkeit privater Anbieter.

## Wir investieren in Kinder

Huckarder Ratsfrau Rita Brandt: Mehr Kita-Plätze für die Kleinsten

**Mit mehr als 7000 Einwohnern unter 18 Jahren gehört Huckarde zu den jüngsten und familienfreundlichsten Stadtbezirken Dortmunds. Junge Menschen brauchen gute Startbedingungen, daher setzt sich die SPD-Ratsfrau Rita Brandt nicht zuletzt für diesen Personenkreis ein.**

„Gute Bildung ist eine der wichtigsten Bedingungen für ein erfolgreiches, zufriedenes und selbstbestimmtes Leben“, erklärt die engagierte Politikerin, „dafür müssen die Voraussetzungen schon im frühesten Alter geschaffen werden.“

Ihre jahrzehntelange Erfahrung als Erzieherin und seit 1995 Leiterin einer Kindertagesstätte bringt Rita Brandt seit 2001 in den Kinder- und Jugendausschuss sowie in den Schulausschuss des Rates ein.

Seit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab drei Jahren hat die Stadt dieses Gesetz sehr erfolgreich umgesetzt. Nun gilt es, den Ausbau der Ganztagsbetreuung sowie die Einrichtung weiterer Plätze für Kinder unter drei Jahren weiter voranzutreiben.

Die Kleinsten gut versorgt zu wissen, das ist wohl das wichtigste Anliegen aller Eltern, um ohne Probleme arbeiten zu können. Huckarder Eltern können unbesorgt sein, für ihre Kinder stehen im Stadtbezirk reichlich



SPD-Ratsvertreterin Rita Brandt und Kinder des Astrid-Lindgren-Kindergartens.

Plätze in Tageseinrichtungen zur Verfügung. Die Versorgungsquote für Kinder von drei bis sechs Jahren liegt zur Zeit bei rund 97%, für die unter Dreijährigen konnte die Quote von 11,4% 2007 auf aktuell 13,1% gesteigert werden.

„Das ist noch lange nicht genug“, meint Rita Brandt, „aber das neue KiBiz, (Kinderbildungsgesetz) der CDU/FDP-Landesregierung, ist voller Tücken. Durch eine geänderte Berechnung stehen den Kindertageseinrichtungen weniger Fachkräfte zur Verfügung, was die Einrichtung neuer Plätze erschwert. Hier müssen wir uns als Sozialdemokraten dafür einsetzen, dass jungen Eltern verlässliche Angebote gemacht werden

können, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu stärken“, so die Huckarder Ratsfrau, die sich im Schulausschuss dafür einsetzt, dass die Lernbedingungen für Schüler verbessert werden.

So wurden zahlreiche Schulen in Huckarde saniert oder neu gebaut. Zu den wichtigsten Anliegen der SPD in der Bezirksvertretung gehört es, bald auch die letzten Behelfscontainer verschwinden zu lassen.

Um den Übergang von der Schule ins Berufsleben zu gewährleisten oder zu erleichtern, beteiligt sich die Huckarder SPD-Fraktion jedes Jahr aufs Neue an Lehrstellenaktionen und hilft, Kontakte zu Ausbildungsbetrieben zu schaffen.

### Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt DO  
Dr. Andreas Paust  
Fraktionsgeschäftsführer  
Friedensplatz 1  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231 / 574513 Fax: 579147  
Email: fraktion@spd-fraktion-dortmund.de

**Sie nutzen das Internet? Sie haben E-Mail?  
Dann besuchen Sie uns unter  
[www.spd-fraktion-dortmund.de](http://www.spd-fraktion-dortmund.de)  
und abonnieren Sie dort unseren aktuellen Newsletter!**